



Brucherò nei pascoli

L'ironie est une chose sérieuse / p. 10

Atemberaubende Konzerte in der Philharmonie

S. 9

Heute aktuell

Eine Schande

Zelte unter dem Pont Adolphe in Luxemburg: Dass eines der reichsten Länder der Welt es nicht fertigbringt, Geflüchtete würdig unterzubringen, ist für Leitartikler Claude Molinaro untragbar. **S. 2**

Forderungen an neue Regierung

Die für den öffentlichen Dienst zuständige OGBL-Abteilung DFP hat Luc Frieden sowie den Mitgliedern der Arbeitsgruppe „Etat moderne“ einen Forderungskatalog überreicht. **S. 4**

Neuer Streit in der Ampel

Der deutsche Finanzminister Christian Lindner hat den im Koalitionsvertrag genannten Zeitpunkt für den Kohleausstieg infrage gestellt. In der Ampel-Regierung droht neuer Streit. **S. 5**

Ein Tor zur Mondoberfläche

Mondstaub ist eine der größten Herausforderungen bei Mondmissionen. Eine Spezialkammer im Space Resources Innovation Centre in Belval soll nun ideale Testbedingungen bieten. **S. 14**

VC Strassen ausgeschieden

Der VC Strassen ist im Challenge Cup ausgeschieden. Der luxemburgische Meister konnte sich gegen die slowakische Profimannschaft Komarno für eine kämpferische Leistung nicht belohnen. **S. 17**



Schön und praktisch geht anders

Die Arbeiten am Ettelbrücker Bahnhof laufen auf Hochtouren. Und sie haben unangenehme Auswirkungen auf den rund fünf Kilometer entfernten Bahnhof „Colmar-Usines“. **S. 12**

www.tageblatt.lu

redaktion@tageblatt.lu
Tel.: (+352) 54 71 31-1
Abo-Hotline: 54 71 31-407
7, avenue du Rock 'n' Roll
L-4361 Esch-sur-Alzette

Härterer Politikkurs befürchtet

FLÜCHTLINGSKRISE Der nationale Flüchtlingsrat spricht von einer skandalösen Situation / S. 3



Foto: Editpress/Fabrizio Pizzolante

Das Wetter

Heute	Morgen	Übermorgen
		
12°/5°	8°/6°	10°/8°



Erste Ausländer und Verletzte verlassen den Gazastreifen

NAHOST Neuer Luftangriff auf Hamas-Ziele in Flüchtlingslager

GAZA Mehr als drei Wochen nach dem Beginn des Gaza-Krieges haben die ersten Verwundeten und Ausländer den abgeriegelten Küstenstreifen verlassen. 335 Personen mit ausländischen Pässen hätten den Grenzübergang Rafah zwischen dem Gazastreifen und Ägypten überquert, verlautete aus ägyptischen und palästinensischen Kreisen. Zudem seien Dutzende

Verletzte herausgebracht worden. Ein mit den ägyptischen Plänen vertrauter Diplomat sagte, in den kommenden zwei Wochen sollten etwa 7.500 Personen mit ausländischen Pässen evakuiert werden. Israel gab unterdessen einen neuen Luftangriff auf das Flüchtlingslager Dschabalia bekannt. Aufnahmen zeigten Menschen, die aus den Trümmern Verletzte heraus-

trugen. Angaben zu den Opfern lagen zunächst nicht vor. Das israelische Militär erklärte, Kampfjets hätten eine Kommando- und Führungseinrichtung der Hamas auf der Grundlage „präziser Geheimdienstinformationen“ angegriffen.

DETAILS S. 6



KOPF DES TAGES

Als einer der wenigen Sportpsychologen im Land hilft **Frank Muller** Athleten bei mentalen Problemen. Dem Tageblatt erklärt er seinen Job und welche Grenzen ihm dabei gesetzt werden.

Foto: Editpress/Julien Garroy

S. 20

411

Menschen

Insgesamt 411 Menschen – 76 Verletzte sowie 335 Personen mit ausländischer oder doppelter Staatsbürgerschaft – konnten laut einem ägyptischen Behördenvertreter gestern den Gazastreifen nach Ägypten verlassen

S. 6



Die Dusty Thermal Vacuum Chamber, die in Luxemburg errichtet wird, wird ein Tor zur Mondoberfläche sein: Kritische Geräte werden im Hochvakuum in Gegenwart von Mondstaub getestet.

Peter Weiss,
CEO von Spartan Space

S. 14

Follow tweet X Share comment Like

f X Instagram in

#Tag/ SOCIAL MEDIA



Karikatur: Lubomir Kotrha/toonpool.com

Eine Schande

EDITORIAL Prekäre Lage von Flüchtlingen

An Allerseelen gedenkt man der Toten, und man muss das nicht auf die verstorbenen Familienangehörigen beschränken: Laut dem „Global Peace Index 2023“ starben voriges Jahr so viele Menschen in bewaffneten Konflikten wie seit dem Völkermord 1994 in Ruanda nicht mehr. Begleitet werden Kriege seit jeher vom Leiden der Zivilbevölkerungen. Jüngstes Beispiel ist der Krieg in Israel, der den in der Ukraine von den Titelseiten verdrängte. Der Konflikt mit den meisten Toten 2022 wurde in unseren Breitengraden kaum wahrgenommen: Bis zum Waffenstillstand voriges Jahr sollen im äthiopischen Bürgerkrieg in nur zwei Jahren eine halbe Million Menschen umgekommen sein.

Nahost, Jemen, Sudan usw. – die Liste ist lang. „Das durch diese Konflikte verursachte Leid in Verbindung mit den Klimaschocks und den steigenden Nahrungsmittel- und Energiepreisen wird 2023 zu einem Jahr gewaltiger humanitärer Bedürfnisse machen“, prophezeite das Internationale Komitee vom Roten Kreuz vor einem Jahr. Dass die Menschen in den betroffenen Gebieten alles daransetzen, um ihrer Misere zu entkommen, dürfte auf der Hand liegen. Die Folge davon ist ein drastischer Anstieg der Flüchtlingszahlen. Um sich davon zu überzeugen, braucht man sich nicht mehr die ausländischen Nachrichten im Fernsehen anzuschauen.

Der Flüchtlingsrat wählte den Tag vor Allerheiligen, um auf die prekäre Situation von Flüchtlingen in Luxemburg aufmerksam zu machen. Seit etwa einer Woche wird alleinstehenden männlichen Asylbewerbern die Aufnahme in eine Flüchtlingsunterkunft verwehrt. Die Folge: Unter der Adolphe-Brücke in Luxemburg-Stadt stehen schon einige Zelte mit Obdachlosen. Dass es noch mehr werden, steht für die Vertreter des Flüchtlingsrats außer Zweifel.



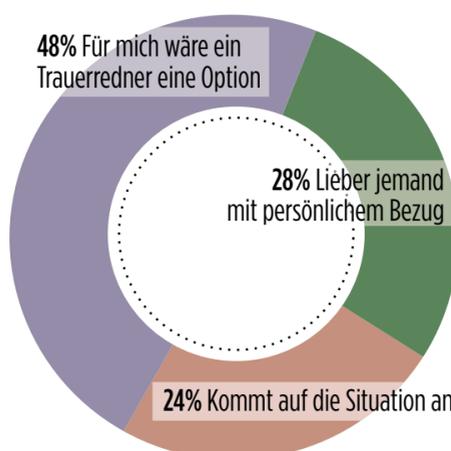
Claude Molinaro
cmolinaro@tageblatt.lu

Es ist klar, dass Luxemburg nicht die europäische Flüchtlingskrise lösen kann, allerdings waren Flüchtlingsorganisationen schon seit einiger Zeit vor einer Zuspitzung der Lage im Land und fordern, dass auf nationaler Ebene sofort gehandelt wird.

Einerseits heißt es, Luxemburg sei überlastet, andererseits beklagte der für Immigrations- und Asylpolitik zuständige Minister Jean Asselborn, dass nur etwa ein Drittel der Gemeinden diesbezüglich ihren Beitrag leisten. Finden es die meisten Kommunen unter ihrer Würde, vor Hunger und Leid flüchtende Menschen aufzunehmen? Dabei wird nichts Unmögliches verlangt. Es ist klar, dass nicht jedes Dorf Hunderte von Betten bereitstellen kann, doch eine proportional gerechtere Lösung ist unumgänglich. Wenn, wie Asselborn sagt, die Solidarität unter den EU-Mitgliedstaaten in der Flüchtlingsfrage an einem Tiefpunkt angelangt ist, bedeutet das nicht, dass Luxemburg elementare Hilfe verweigern muss. Auch kleine Gemeinden müssen in die Pflicht genommen werden, und sei es mit nur einem Platz für einen Flüchtling.

Wir können nicht die Kriege in der Welt stoppen, den Opfern helfen aber schon. Für das Land mit dem höchsten Pro-Kopf-Einkommen der Welt sind Menschen, die unter einer Brücke schlafen müssen – egal, aus welchem Grund – schlicht eine Schande.

Die Meinung in Zahlen



Gedenken durch den Profi

Wenn bei einem Begräbnis niemand vor der Trauergemeinschaft sprechen möchte, kann das ein Trauerredner übernehmen. Wir wollten von den *Tageblatt.lu*-Lesern wissen, ob das für sie eine Option wäre. Rund die Hälfte der Antwortenden (48 Prozent) sagt Ja, denn: „Wenn Angehörige sich selbst dazu nicht in der Lage fühlen, warum nicht?“ Auf der anderen Seite käme ein Profi-Redner für 28 Prozent der Antwortenden nicht infrage: „Das sollte eine Person aus der Familie oder dem Freundeskreis übernehmen.“ Ein ebenfalls beachtlicher Teil der Umfrageteilnehmer (24 Prozent) will sich nicht festlegen: „Das würde ich von Fall zu Fall entscheiden.“

Heute in der Umfrage:
In Bissen gab es eine Treibjagd am Waldfriedhof – kurz vor Allerheiligen und Allerseelen. Wie finden Sie das?
Stimmen Sie ab auf www.tageblatt.lu!

„Die Situation ist skandalös“

MENSCHENRECHTE Flüchtlingsrat warnt vor einem neuen, härteren Kurs der Politik

Julian Dörr

Seit mehr als einer Woche wird alleinstehenden männlichen Asylbewerbern die Aufnahme in eine Flüchtlingsunterkunft verweigert. Die Situation auf Luxemburgs Straßen verschärft sich, warnt der Flüchtlingsrat. Und der Winter hat noch nicht einmal begonnen.

Mustafa ist 18 Jahre alt und stammt aus dem Sudan. Am Sonntag, dem 22. Oktober, ist er in Luxemburg angekommen. Einen Tag später macht er sich auf den Weg zur Einwanderungsbehörde, um einen Antrag auf Asyl zu stellen. Am Ende des Gesprächs wird ihm mitgeteilt, dass die Unterbringungseinrichtungen überlastet seien und er keinen Zugang zu einem Wohnheim haben werde. Als Helfer der Flüchtlingsorganisationen ihn später treffen, ist er völlig desorientiert. Er zittert, ist verängstigt und hat nur eine einzige Bitte: eine Unterkunft, damit er die Nacht im Warmen verbringen kann. Doch damit können die Helfer nicht dienen. Sie können nichts anderes tun, als ihm ein Zelt und ein paar Decken zu besorgen. Seit zehn Tagen schläft Mustafa auf der Straße. Ein junger Mann ohne Obdach, weil es kein Bett mehr für ihn gibt. Im Land mit dem höchsten Pro-Kopf-Bruttoinlandsprodukt der Welt.

Mustafas Geschichte ist eine von vielen Fällen, die der Luxemburger Flüchtlingsrat (LFR) in den vergangenen Tagen aufgezeichnet hat. Seit dem 23. Oktober gibt es in Luxemburg Wartelisten für das nationale Aufnahmezentrum (ONA). Diese Wartelisten gelten vorerst nur für allein reisende Männer, die Asyl beantragen wollen. In der Realität heißt das: Asylsuchende werden in Asylunterkünften abgelehnt, sie können keinen Schlafplatz erhalten, kein Dach über dem Kopf. Sie müssen die Nacht auf der Straße verbringen.

Nur wenige Tage nach dem Aufnahmestopp entstand ein kleines provisorisches Zeltlager unter einem Pfeiler der Adolphe-Brücke im Zentrum der Hauptstadt. Wie viele Asylbewerber aktuell auf der Straße leben müssen, können die Organisationen des LFR nicht sagen. Was sie aber sagen können, sagen sie deutlich. So wie Marion Dubois, Direktorin von „Passerell“: „Die Situation ist skandalös.“ Sie



Fotos: Editpress/Fabrizio Pizzolante

Ein provisorisches Zeltlager junger Asylbewerber unter dem Pont Adolphe in Luxemburg-Stadt

seien empört über „diese eklatanten Verletzungen der Menschenrechte und der internationalen und europäischen Verpflichtungen Luxemburgs“, wie es in einer Pressemitteilung von „Passerell“ heißt.

Kein Zweifel, dass noch mehr kommen werden

Seit besagtem Montag sahen sie die dramatischen Folgen dieser politischen Entscheidung: junge Asylbewerber, die nirgendwo anders hin können. Die am Abend in den Räumen von Organisationen wie „Passerell“ auftauchen und am ganzen Leib zittern, wie Dubois es beschreibt. „Die meisten von ihnen sind Sudanesen und Eritreer; einige von ihnen sind minderjährig. Leider haben wir kaum Zweifel, dass in den nächsten Tagen noch mehr kommen werden, die ebenfalls Hilfe benötigen.“

Der Mann, der die Entscheidung getroffen hat, verteidigte sich ver-

gangenen Donnerstag in der Talkrunde „Kloertext“ bei RTL. Er habe die Maßnahme nicht „aus Jux“ entschieden, erklärte ein sichtlich emotionaler Außen- und Immigrationsminister Jean Asselborn (LSAP). Während der LFR davor warnt, dass nun infolge des Aufnahmestopps sehr viele Menschen auf der Straße landen könnten, zumal im Winter, bedauerte Asselborn, es gehe nicht anders. „Ich habe mich lange dagegen gewehrt, ich habe den ganzen Sommer mit unseren Leuten vom ONA gestritten, dass wir nach anderen Wegen suchen müssen, aber wir haben keine gefunden“, sagte Asselborn bei RTL.

Luxemburg sei überlastet, heißt es dieser Tage. Man stoße an Grenzen. Man habe keine Kapazitäten mehr. Sergio Ferreira, Sprecher der „Association de soutien aux travailleurs immigrés“ (ASTI) macht das wütend. Seit Jahren würden er und andere Organisationen vor einer Verschärfung der Flüchtlingskrise warnen. „Wir haben gesprochen,

aber niemand hat uns zugehört.“ Die Situation heute sei das Ergebnis der Politik der vergangenen Jahre, so Ferreira.

In einem Punkt sind sich Asselborn und Ferreira in diesen Tagen vielleicht sogar ein bisschen einig. Beide sehen die europäische Migrationspolitik als gescheitert an. Der eine beinahe, der andere sicher. In einer Pressekonferenz am vergangenen Freitag resümierte ein niedergeschlagener Asselborn, die Solidarität unter den EU-Mitgliedsstaaten sei in der Flüchtlingsfrage an einem Tiefpunkt angelangt. Das Dublin-Verfahren drohe zu scheitern und mit ihm der Schengen-Raum. Auf der Pressekonferenz des LFR sagte Ferreira: „Die Politik der Festung Europa funktioniert nicht. Nicht für die EU, nicht für die Menschen.“ Der Zustrom an Menschen werde nicht aufhören.

Handeln, und zwar sofort

Ferreira und der LFR fordern deshalb: „Wir müssen handeln, und zwar sofort.“ Es brauche mehr Geld, mehr Budget, statt Bekundungen. „Put your money where your mouth is“, sagt Ferreira und scheint damit den scheidenden Minister anzusprechen. Und: Wenn man sich auf europäischem Niveau nicht mehr auf die Solidarität der anderen Mitgliedsstaaten verlassen könne, müsse man von den Luxemburger Gemeinden mehr Solidarität fordern. Einige Gemeinden würden bei der Unterbringung von Flüchtlingen viel leisten, andere gar nichts, so Ferreira.

Auch Minister Asselborn appellierte in seiner Pressekonferenz an die Solidarität der Gemeinden im Land: „Ungefähr ein Drittel der Gemeinden leistet einen Beitrag“, insbesondere die Stadt Luxemburg. Asselborn hoffe, dass ein Appell weitere Gemeinden dazu bewege, Räumlichkeiten für Familien mit Kindern zur Verfügung zu stellen.

Der LFR verlangt an diesem Dienstag nach einer „echten Stra-

tegie, um in Luxemburg nicht noch mehr Prekarität zu erzeugen, mit einem Dialog zwischen dem Staat, den Gemeinden und der Zivilgesellschaft, um dringende Lösungen für diese Problematik zu finden.“ Außerdem fordere man das Ministerium für Immigration und Asyl auf, mit sofortiger Wirkung die „Politik der Verweigerung des Zugangs zu Unterbringungseinrichtungen für Personen, die internationalen Schutz beantragen, zu beenden und unverzüglich Aufnahmebedingungen einzuführen, um sicherzustellen, dass jeder Antragsteller in einem geschützten Raum schlafen kann.“ Luxemburg solle sich nicht der harten Aufnahmepolitik anderer europäischer Länder anschließen.

Es bleibt nicht die einzige deutliche Warnung, die der LFR an diesem Tag ausspricht. Denn nicht nur jungen männlichen Asylbewerbern drohe das Schicksal, auf der Straße zu landen. Nonna Sehovic von der Caritas erzählt von einer Familie mit einem drei Jahre und einem 14 Monate alten Kind, deren Asylgesuch im Februar 2023 abgelehnt wurde. Acht Monate später erhielt die Familie Post von der ONA: Sie seien seit acht Monaten abgewiesen, hätten keinen Anspruch mehr auf Zuwendungen und hätten nun eine Woche Zeit, die Unterkunft zu verlassen. „Das ist keine abgelehnte Person“, sagt Yolande Wagner von „Médecins du monde“ (MdM), „das ist ein 14 Monate altes Baby, das die Politik durch ihre Entscheidung in Gefahr bringt.“

Auch Asylbewerber, deren Antrag angenommen wurde, leben im Risiko, obdachlos auf der Straße zu landen, sagt Marion Dubois. Die Kluft zwischen der finanziellen Unterstützung durch den Staat und der Realität auf dem Wohnungsmarkt sei einfach zu groß.

Um all diese dringlichen Themen auch an die zukünftige Regierung herantragen zu können, hat der LFR beantragt, von den Arbeitsgruppen der Koalitionsverhandlungen von CSV und DP gehört zu werden. Eine Antwort blieb bislang aus.



Die Situation auf Luxemburgs Straßen verschärft sich, warnt der Flüchtlingsrat. V.l.: Yolande Wagner, Charlotte Brouxel, Nonna Sehovic, Marion Dubois, Sergio Ferreira.